

Klub der Österreichischen Volkspartei
 z. Hdn. KO Dr. Karlheinz Kopf
 Parlament
 1014 Wien

Bundesgeschäftsstelle
 Große Neugasse 28/1
 A-1040 Wien
 Telefon 01 / 408 25 20
 Fax 01 / 408 25 20-20
 E-mail office@rfw.at
 HP www.rfw.at
 Bankverbindung: Bank Austria
 Kto 00273036400 BLZ 12000
 Wien, am 23. August 2010

Sehr geehrter Herr Klubobmann, lieber Karlheinz!

Durch die Verweigerung des Bundesministers für Finanzen das Budget rechtskonform bis 22. Oktober 2010 im Nationalrat zu verhandeln, wird die österreichische Bundesverfassung in einem ganz zentralen Punkt eindeutig verletzt.

Die fristgerechte Vorlage eines Budgets ist eines der fundamentalen Eckpfeiler eines demokratischen Regierungssystems. Dass diese rechtzeitige Einbringung des Bundesfinanzgesetzes 2011 durch ÖVP-Finanzminister Josef Pröll, Deinen Parteikollegen, verweigert wird, fügt der Demokratie einen schweren Schaden zu. Fundamentale Sachmaterien, wie die zeitgerechte Einbringung eines Budgets und eine angemessene Frist für dessen Beratung durch die frei gewählten Abgeordneten eignet sich in keinsten Weise für parteipolitische Taktiererei.

Dass Du, sehr geehrter Herr Klubobmann, diese autoritäre Vorgangsweise, wider die demokratischen Spielregeln, durch den Vorschlag einer Verfassungsänderung obendrein noch legitimieren willst, hat mich betroffen gemacht. In unserer langjährigen Zusammenarbeit in der Wirtschaftskammer Österreich, aber auch in der Vorarlberger Landespolitik, habe ich Dich immer als untadeligen Demokraten kennen gelernt, dem es als Vorarlberger Volksvertreter wichtig war, die Fahnen der Demokratie hochzuhalten, bei dem Sachpolitik im Sinne der Unternehmerinnen und Unternehmer immer Vorrang vor parteipolitischen Ränkespielen hatte.

Durch die verfassungswidrige Verweigerung des ÖVP-Finanzministers das Budget rechtzeitig vorzulegen, werden nicht nur fundamentale demokratische Spielregeln verletzt, sondern insbesondere auch der Wirtschaftsstandort Österreich beschädigt. Vor allem die Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen ausreichend Planungssicherheit für das Wirtschaftsjahr 2011. Um dies sicherzustellen ist es notwendig, dass sie rechtzeitig über die Veränderung des Steuer- und Förderungssystems, die zu ihren Lasten gehen, erfahren. Die österreichische Wirtschaft hat ein Recht, die Details des zu erwartenden Belastungspaktes rechtzeitig zu kennen. Es kann nicht angehen, dass jeder Unternehmer seine Steuererklärungen bei sonstiger Strafe rechtzeitig abgeben muss, während das ÖVP-Finanzministerium fiskalpolitische Geheimdiplomatie betreibt.

Lieber Karlheinz, über die politischen Grenzen hinweg appelliere ich an Dich im Namen vieler tausender Wirtschaftstreibender, aber auch Arbeitnehmer, Deine bisher an den Tag gelegte Haltung zum Verfassungsbruch des ÖVP-Finanzministers zu überdenken und als ÖVP-Klubobmann, vor allem aber als frei gewählten Vorarlberger Nationalratsabgeordneter, den Wiener Parteistrategen nicht länger „die Mauer“ zu machen.

Sei Dir sicher: Die Unternehmerinnen und Unternehmer werden sich Deine Haltung anlässlich der Sondersitzung am Mittwoch, den 25. August, genau ansehen.

Mit freundlichen Grüßen



Fritz Amann
RfW-Bundesobmann